

SCHUTZSCHIRM FÜR MENSCHEN

Die Welt steckt in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929. Millionen Menschen sind von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Union und SPD antworten mit milliardenschweren Bürgschaften und Kapitalspritzen für marode Banken. Die Bundesregierung verabschiedet zu kleine Ausgabeprogramme und setzt auf Steuersenkungen vor allem für Besserverdienende. Der Großteil der Menschen profitiert nicht von diesen Maßnahmen, wird aber in Zukunft durch eine Erhöhung der Massensteuern und weitere Kürzungen der Sozialleistungen für die Kosten aufkommen müssen.

DIE LINKE hingegen hat ein sozial gerechtes Antikrisenprogramm, das die Rechte der Beschäftigten stärkt, Arbeitsplätze und Einkommen sichert und das garantiert, dass nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner die Kosten dieser Krise zahlen, sondern diejenigen, die sie verursacht haben.

1 Die Beschäftigten müssen in die Lage versetzt werden, den Schutz von Arbeitsplätzen, gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen wirksamer durchzusetzen. Hierzu wird eine echte paritätische Mitbestimmung eingeführt. Beschäftigte werden an Unternehmen beteiligt. Im Aktiengesetz wird verbindlich festgeschrieben, welche Entscheidungen zustimmungspflichtig sind (z.B. die Verlegung von Betrieben und Betriebsteilen, Übernahmen anderer Unternehmen, der Verkauf bzw. die Schließung von Betrieben oder Betriebsteilen, Massenentlassungen). Staatliche Hilfen an Unternehmen werden in Eigentumsrechte für die Belegschaften umgewandelt.

2 Für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen wird ein demokratisch kontrollierter Zukunftsfonds eingerichtet, der einen Umfang von 100 Milliarden Euro hat. Aufgabe des Fonds ist es, Unternehmen mit Krediten und Beteiligungen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte zu unterstützen. Die Unterstützung aus dem Fond wird an Bedingungen zur Beschäftigungssicherung und sozial-ökologischen Innovation geknüpft.

3 Im öffentlichen Dienst werden eine Million unbefristete und tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse in den Bereichen Familienfürsorge, Kinderbetreuung, Altenpflege, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und Kultur geschaffen.

4 Zum Schutz der Menschen vor negativen Auswirkungen der Krise werden für 500 000 Menschen öffentlich geförderte Arbeitsplätze geschaffen. Der Bezug von Arbeitslosengeld I wird verlängert. Das Arbeitslosengeld II wird auf 435 Euro angehoben. Es wird ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,71 Euro wie in Frankreich eingeführt. Die wöchentliche Arbeitszeit wird verkürzt. Das Kurzarbeitergeld wird auf 80 Prozent vom letzten Lohn erhöht und die Bezugsfrist auf maximal 24 Monate angehoben. Altersteilzeit wird gefördert.

5 Zur gerechten Verteilung der Lasten der Krise wird eine Millionärsabgabe von fünf Prozent auf die Vermögen erhoben, die eine Million Euro übersteigen. In Zukunft müssen Besserverdienende und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

www.linksfraktion.de/schutzschirm

